Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1927

21.6.1927 (No. 141)

Visual Library

№ 141 Dienstag den 21. Juni 1927 170. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrichstraße Nr. 14 Fernsprecher: Nr. 953 und 954 Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstags 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlfriedrichstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

* Die Rede Poincarés und unsere Aussenpolitik

Ein großer Teil der deutschen Presse und mit ihm die Leser dieser Zeitungen begehen noch immer den alten Fehler, daß sie die Vorgänge auf dem Gebiet der Außenpolitik als Angelegenheiten zweiten Ranges ansehen, und zumal Äußerungen und Handlungen, die **uns abträglich** sind, gar zu sehr **auf die leichte Achsel nehmen.** Wir hatten uns **vor** dem Kriege, als wir noch unvergleichlich viel sicherer und mächtiger dastanden, den Luxus eines solchen Optimismus nicht leisten dürfen, wir dürfen uns diesen Luxus **heutzutage noch viel weniger leisten.** Jeder deutsche Politiker ist verpflichtet, sich den außenpolitischen Barometer genau anzuschauen. Und, wenn dieser Barometer fällt, dann hat es gar keinen Zweck, sich mit törichten Trostsprüchen oder gar mit Schimpfen auf den Barometer über den unangenehmen Eindruck hinwegzuhelfen.

Wann fällt der außenpolitische Barometer? Zweifellos dann, wenn eine Reihe von Ereignissen uns zeigen, daß man unserer Wünsche nicht achtet, und wenn **bedrohliche Äußerungen** aus dem Auslande zu uns herüberdringen. Wir können uns über solche Ereignisse und Äußerungen ärgern, wir können auch ihre Berechtigung bestreiten, aber wir dürfen sie **nicht ignorieren oder als Ausflüsse einer schlechten Laune betrachten.**

Wenn jetzt der **französische Ministerpräsident, Herr Poincaré,** in Luneville eine Rede gehalten hat, die zwar **prinzipiell für die Versöhnung zwischen Deutschland und Frankreich eintritt,** im einzelnen aber eine **ganze Reihe von Beschwerden gegen uns enthält,** dann ist es politisch außerordentlich **unklug,** diese Rede höhnisch zu glossieren und so zu tun, als ob jene Beschwerden nur auf eine plötzliche Verärgerung oder auf rhetorische Bedürfnisse zurückzuführen seien. Der französische Ministerpräsident ist ja sicherlich kein Narr und kein bloßer Agitator. Er wird wissen, was er zu sagen hat, und was er vor seinem Kabinett und vor der Kammer verantworten kann. Es ist schon möglich, daß auch diesmal das Temperament hie und da mit ihm etwas durchgegangen ist, und daß er stellenweise eine Tonart gewählt hat, die seinem Außenminister, Herrn Briand, nicht zusagt. Aber, wie gemeldet wird, hat sich Poincaré vorher doch über die Grundzüge seiner Rede mit Briand unterhalten. Und es ist selbstverständlich, daß er ihm **von seiner Absicht, jene Beschwerdepunkte vorzubringen, Mitteilung gemacht hat.** Das amtliche Deutschland sowohl, wie die ihrer Verantwortung bewußten Parteien und Zeitungen haben jedenfalls die Pflicht, **diese Beschwerdepunkte sorgsamst zu betrachten.**

Die Beschwerden Poincarés gipfeln in der Klage, daß **Deutschland den Locarnopakt nicht ehrlich interpretiere, d. h. nicht den ehrlichen, klaren Verzicht auf Elsaß-Lothringen ausspreche.** Poincaré erwähnt Wendungen **aus den Reden deutscher Minister,** Wendungen, die allerdings einem Franzosen nicht gefallen können. Poincaré behauptet, Deutschland habe nach Lissabon ein Kriegsschiff geschickt, das den Namen „Elsaß" führt! Er behauptet weiter, ein deutscher Minister habe nach dem Abschluß des Locarno-Pakts erklärt, Deutschland habe **keineswegs** moralisch auf seine verlorenen Provinzen **verzichtet,** und ein anderer deutscher Minister habe geäußert, daß **Elsaß-Lothringen auch heute noch als eine deutsche Provinz** zu betrachten sei, sie sei uns mit Gewalt entrissen worden.

Wir meinen, daß es unsere Pflicht ist, die Berechtigung **der** Anklagen Poincarés genau zu untersuchen. **Wir** glauben allerdings schon heute sagen zu dürfen, **daß dasjenige,** was Poincaré vorträgt, an sich gewiß nicht unrichtig sein wird. Es sind in der Tat, zumal von deutschnationaler Seite, Äußerungen gefallen, die entweder faktisch das französische Mißtrauen verstärken mußten **oder aber** dem uns übelgesinnten französischen Nationalismus **bequeme Vorwände** geliefert haben. **Wie ernst** diese Dinge zu nehmen sind, zeigt uns ein Leitartikel aus Berlin, den das führende Organ der badischen Zentrumspartei, der **„Badische Beobachter"**, heute veröffentlicht. Die entscheidenden Stellen dieses Artikels sind so **bedeutsam,** daß wir sie hier im Wortlaut wiedergeben. Sie lauten:

„Poincarés Rede wird als **Epilog zur Ratstagung in Genf** aufgefaßt. **Das ist sie auch. Sie erklärt das Fiasko von Genf, sie zeigt die Gründe für die Stagnation der deutschen Außenpolitik seit Locarno,** und sie ist somit, bis zu einem gewissen Grade, **auch Wegweiser für die deutsche Außenpolitik der Zukunft.** Die deutsche Linkspresse hat als Erklärung für die mageren Ergebnisse von Genf auch die augenblickliche Teilhaberschaft der Deutschnationalen an der Reichsregierung angeführt. Inwieweit das richtig ist, das weiß genau wohl nur Herr Stresemann. Die weniger Eingeweihten können aber zum mindesten soviel sagen: Die neueste Rede Poincarés trägt **sehr geschickt all die Ungeschicklichkeiten zusammen, mit denen die deutschnationalen Führer die Außenpolitik der jetzigen Regierung belastet und erschwert haben.** Wir in Deutschland denken über die deutschnationalen Phrasen etwas nüchterner wie Herr Poincaré und nehmen die deutschnationalen Kraftsprüche nicht allzu tragisch. Wir registrieren sie höchstens noch. Aber die Rede Poincarés zeigt, **daß sie anderswo noch „tragisch" genommen werden und, was noch schwerwiegender ist, politisch gegen uns ausgeschlachtet werden.** Diesbezüglich sind, das zeigt die Rede Poincarés mit drastischer Deutlichkeit, bereits all die schlimmen Befürchtungen eingetreten, denen Dr. **Wirth** in außenpolitischer Hinsicht bei Bildung dieser Regierung Ausdruck gab. Man hat es zur Zeit für einen schweren politischen Fehler gehalten, daß die Reichsregierung, daß insbesondeer Herr Dr. Stresemann nicht aus außenpolitischen Gründen gegen die **Abhaltung des Stahlhelmtages** in Berlin Einspruch erhob. — Ebenso schlimm wie die Berliner Parade des Stahlhelms wirken aber die **außenpolitischen Haßgesänge deutschnationaler Führer,** die in zahlreichen Provinzstädten Deutschlands Sonntag für Sonntag angestimmt werden. Die Franzosen haben Kenntnis von diesen Dingen, darüber gebe man sich keiner Täuschung hin, und Poincaré versteht, Worte in Taten umzumünzen. Wir sagen darum: Die Rede Poincarés in Luneville war wirklich der Epilog auf Genf. Die Rede zeigt, wo in letzter Linie die Gründe für das Fiasko in Genf liegen: Nicht in der Tatsache an und für sich, daß die Deutschnationalen augenblicklich Teilhaber der Reichsregierung sind, sondern in der **Tatsache, daß sie kein Verantwortungsgefühl und kein Verantwortungsbewußtsein haben.** Wenn wir wirklich auf außenpolitischem Gebiet vorwärts kommen wollen, wenn wir die Stagnation seit Locarno überwinden, wenn wir insbesondere dem besetzten Gebiete Befreiung bringen wollen, dann ist es wirklich **angebracht, daß sich die Deutschnationalen ihrer Pflicht als Regierungs- und Koalitionspartei erinnern.** Es wäre nicht nur nützlich, sondern auch patriotisch und national, wenn auch Herr Dr. Stresemann diese Dinge etwas mehr im Auge behielte. Denn in letzter Linie geht es um seine Sache und **seine Außenpolitik.** Man kann nicht zwei Herren dienen, auch in der Politik nicht. Und Poincaré ist wachsam, sehr wachsam. Das weiß Herr Stresemann vielleicht heute besser denn je."

Es versteht sich von selbst, daß diese Ausführungen nicht etwa bloß die Privatmeinung ihres Verfassers darstellen, sondern daß sie die **Anschauungen wiedergeben, von denen die Zentrumspartei in ihrer erdrückenden Mehrheit beseelt ist.** Es ist deshalb damit zu rechnen, daß das Zentrum bzw. die dem Zentrum angehörenden Reichsminister, sich ernsthaft die Frage vorlegen werden, **ob eine ersprießliche deutsche Außenpolitik überhaupt geführt werden kann, solange die Belastung, die in der ungezügelten Agitation der deutschnationalen Führer und Redner zu erblicken ist, anhält.** Wir werden morgen noch auf einen andern Vorfall zu sprechen kommen, welcher das Vorhandensein einer solchen Agitation besonders scharf beleuchtet.

Der Reichsfinanzminister zur Beamtenbesoldung

Im Haushaltsausschuß des Reichstages führte am Montag bei Beratung verschiedener Anträge zur Neuregelung der Beamtenbesoldungsordnung Reichsfinanzminister Dr. **Köhler** aus:

Nach der Meinung der Regierung soll am **1. Oktober** eine wirklich durchgreifende Reform der Beamtenbesoldung stattfinden. Die Reichsregierung hat sich einmütig auf den Standpunkt gestellt, daß diese Reform der Beamtenbesoldung keine teilweise, sondern eine **alle** Besoldungsgruppen umfassende sein soll. Ich möchte daher auch davon absehen, prozentuale Zuschläge auf Grund der bestehenden Beamtenbesoldung zu gewähren. Es ist daher beabsichtigt, **eine neue Besoldungsordnung** zu schaffen. Bei dem Ausmaße ist natürlich Rücksicht auf die finanzielle Lage des Reiches zu nehmen. Ich schätze den Gesamtmehrbetrag auf **mehrere hundert Millionen.** Die Reichsregierung hat daran die Bedingung geknüpft, daß keine wirtschaftliche Katastrophe eintritt und daß ich in der Lage sein werde, für 1927 für den Etat ohne weitere steuerliche Maßnahmen die erforderlichen Mittel aufzubringen. Natürlich müßten auch Post und Eisenbahn für Deckung der erforderlichen Mittel sorgen. Ferner ist zu beachten, daß eine Erhöhung sämtlicher Beamtengruppen erfolgen soll. Ebenso sollen die Pensionäre, Wartegeldempfänger und Hinterbliebenen entsprechende Berücksichtigung finden. Die **Länder und Gemeinden** werden dem Vorgehen des Reiches mehr oder weniger folgen müssen. Der preußische Finanzminister hat erklärt, daß Preußen nicht in der Lage ist, früher als am 1. Oktober d. J. eine Erhöhung der Beamtenbesoldung in seinem Etat unterzubringen. Ich möchte heute schon ausdrücklich betonen, daß keine Rede davon sein kann, daß den Ländern oder Gemeinden von Reichs wegen irgendwelche Zuschüsse zur Erhöhung der Beamtenbesoldnug weder direkt noch indirekt gewährt werden können. Sie müssen versuchen, aus ihren eigenen Einnahmen auch mit der Erhöhung der Beamtenbesoldung fertig zu werden. Abschlagszahlungen jetzt schon zu geben, halte ich für verkehrt. Wir sind entschlossen, durchgreifend zu helfen. Aber vor dem 1. Oktober ist das finanziell nicht zu tragen.

Das Ergebnis der Sitzung war, daß die Frage der Besoldungserhöhung vom Haushaltsausschuß am **Freitag** unter Anwesenheit der **Finanzminister der Länder weiter behandelt** werden soll.

Der Jahresbericht des Badischen Gewerbeaufsichtsamtes

I.

Der **Jahresbericht des Badischen Gewerbeaufsichtsamts für 1926** ist soeben erschienen.

Der Inhalt, der sich in seinem Aufbau an die früheren Berichte in Übereinstimmung mit der übrigen deutschen Gewerbeaufsicht anschließt, beschäftigt sich u. a. im besonderen mit der **Handelsaufsicht,** dem **Unfallschutz,** der **Hausarbeit** und der **Arbeit der erwerbstätigen Frauen** in Baden. Außerdem ist jetzt wieder eine eingehende Betriebsstatistik mitgeteilt, die einen Überblick über das badische Wirtschaftsleben gibt. Als Beilage ist eine Abhandlung über die Anlage von **Metzgereien** beigefügt.

Der Beamtenkörper konnte eine kleine Vermehrung erfahren. Im übrigen kann man aus dem ersten Teil des Berichts deutlich erkennen, daß die Vorkommnisse im sozialen Leben des Volkes naturgemäß das Gewerbeaufsichtsamt in immer stärkerem Maße beschäftigen. Vorherrschend beim Studium des (im übrigen sauber gedruckten und lesetechnisch übersichtlichen) Berichts ist der Gedanke: **Baden industrialisiert sich immer mehr!** Schon die vor wenigen Monaten erschienene, mehrfach besprochene Arbeit des Landesstatistischen Amtes: **„Die Industrie in Baden"** machte diese Feststellung notwendig; der Bericht des Gewerbeaufsichtsamtes für 1926 ist eine Ergänzung hiezu. Es ist nun einmal so, daß die Ausdehnung der Industrie einem Lande wie Baden einen gewissen Stempel aufdrückt, daß davon die wirtschaftliche Existenz Tausender von badischen Staatsbürgern abhängig ist. Un' in die Welt dieser Industrie, in die Welt der Arbeit zu versetzen, die täglichen Vorgänge in Fabriken, Werkstätten, Bauten usw. vor unserem geistigen Auge erstehen zu lassen, das ist die Aufgabe des Berichts des Badischen Gewerbeaufsichtsamtes.

Wieviel Unternehmungen wurden besichtigt?

Im Jahre 1926 betrug die **Gesamtzahl der Besichtigungen** 10 584, im Jahre vorher 9 437. 8 890 Anlagen wurden einmal, 582 zweimal und 123 mehr als zweimal besucht. In den besichtigten Anlagen waren 214 517 Arbeitnehmer beschäftigt. Unter Aufsicht der **Bergbehörde** wurden auch 40 Unternehmungen im Bergbau, Salinenwesen und Torfgräberei besichtigt. Die meisten Besichtigungen erfolgten im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe, nämlich 2605; folgt das Baugewerbe mit 1628, Holz- und Schnitzstoffgewerbe mit 1308, Herstellung von Eisen, Stahl- und Metallwaren mit 955, Handelsgewerbe mit 900 Besichtigungen (ohne die Besichtigung der Fabrikbüros) usw. Außerdem nahm das Gewerbeaufsichtsamt an 509 **Besprechungen** auf Bezirksämtern, mit Gewerkschaftsvertretern usw. sowie an Stillegungsverhandlungen usw. teil. — Aus den Kreisen der **Arbeiterschaft** liefen 214 Schriftstücke über Mißstände in gewerblichen Anlagen ein. Von diesen **Beschwerden** waren 103 völlig, 55 teilweise begründet, 52 nicht begründet; 4 sind noch unerledigt. Außerdem wurde eine Anzahl mündlich vorgebrachter Beschwerden erledigt.

Badens Wirtschaft und das Reich

Zum erstenmal wurden Wirtschaftszahlen zusammengestellt, die Aufschluß über die Entwicklung des badischen Wirtschaftslebens geben und die auch einen Vergleich mit der Entwicklung des Reiches ermöglichen. Aus diesen Darstellungen und Tabellen des badischen Gewerbeaufsichtsamtes ergibt sich, daß das wirtschaftliche Schicksal unseres Landes mit dem des Reiches eng verknüpft ist. Die badische Wirtschaft geht mit der des Reiches auf und ab. Ein Absinken Badens unter den Reichsdurchschnitt ist **nicht** zu beobachten, wohl aber wird der frühere industrielle Vorsprung Badens verkürzt. Das zeigt sich auch an den Zahlen über die **Erwerbslosen.** Der immerhin noch sehr starke Agrarstaat Baden hatte im Jahre 1925 schon eine auffallend ähnliche Erwerbslosenziffer aufzuweisen, wie das hochindustrielle Berlin. Im Jahre 1926 hatte sich das Verhältnis für Baden etwas gebessert gegenüber Berlin, insofern in Berlin etwa 50, in Baden nur 30 Erwerbslose auf 1000 Bewohner kamen, aber insbesondere Württemberg war mit etwa 18 Erwerbslosen auf 1000 Einwohner günstiger gestellt. Die Höchstzahl der Arbeitslosen war im Jahre 1926 für Baden im Monat März mit rund 80 000 erreicht; sie fiel im November auf rund 50 000. (Für die Zeit vom 8. bis 15. Juni 1927 hat das Landesamt für Arbeitsvermittlung bekanntlich die Zahl der Erwerbslosenunterstützungsempfänger auf rund 22 000 festgestellt, mithin seit November 1926 ein erfreulicher Rückgang der Arbeitslosigkeit.) Der Bericht stellt dann noch fest, daß im allgemeinen die **ungelernten Arbeiter** naturgemäß viel stärker von der Arbeitslosigkeit betroffen werden, wie die gelernten. In unserer Wirtschaft in Baden, sagt der Bericht außerdem, fehlt uns der Nachbarstaat Frankreich. Es ist auf gute Außenhandelsbeziehungen der größte Wert zu legen.

Die Stillegung von Betrieben

Daran hat das verflossene Jahr 1926 besonders gekrankt; inzwischen hat sich auch die Wirtschaft in Baden etwas erholt. Immerhin ist beachtenswert, was der Bericht hierzu sagt: „Die völligen oder **teilweisen Betriebsstillegungen** haben gegenüber dem Jahre 1925 erheblich zugenommen. Die starke Zunahme ist daraus erkennbar, daß im Vorjahre im ganzen zwar 356 Anzeigen erfolgten, im Jahre 1926 aber 344 Stillegungen oder Betriebseinschränkungen stattfanden. Die Zahl von 344 ist nur dadurch etwas gemildert, daß die Anzahl der Stillegungen nach den ersten 3 Monaten des Jahres ganz bedeutend nachgelassen hat. Sie betrug im Januar, Februar und März 203, also weit über die Hälfte derer des ganzen Jahres und ging im April rasch herunter, um sich bis zum Ende des Jahres nicht mehr zu erheben.

Hierbei kamen

in ganz Baden 24 396 Arbeitnehmer zur Entlassung.

Von denen welche stillgelegt oder eingeschränkt hatten, sollen 31 den Betrieb wieder voll aufgenommen haben. Die Zahl scheint uns aber nicht vollständig zu sein. Gänzliche Betriebsstillegungen erfolgten im Landeskommissariat **Karlsruhe** 58, das sind 16,85 Proz. aller Stillegungen, im Landeskomissariat **Freiburg** 27 = 7,85 Proz., **Konstanz** 11 = 3,2 Prozent, das wären für die 3 Landeskommissariate im Durchschnitt 9,3 Prozent. Vom Landeskommissariat Mannheim kennen wir die entsprechende Zahl nicht." Und die Ursachen dieser Stillegungen? Das Gewerbeaufsichtsamt sagt hierzu: „Die Verhandlungen ergaben, daß vor allem **Absatzmangel,** demnächst auch **Geldmangel,** die Gründe für die meisten Stillegungen waren. Im übrigen gelang es fast nie, für die von der Stillegung bedrohten Betriebe eine Abhilfe zu finden. Wir mußten uns bei der Behandlung der Stillegungsanträge darauf beschränken, **die Härte der Entlassung für die Arbeiter etwas zu mildern.** Wir bemühten uns, eine Weiterbeschäftigung auch über die Sperrfrist hinaus noch einige Zeit lang zu erreichen und etwaige Entlassungen auf ein Mindestmaß zu beschränken. Ferner gelang es fast stets, von den Unternehmern das Versprechen der Wiedereinstellung unter Anerkennung der wohlerworbenen tariflichen Rechte zu erhalten."

Tagung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger

Die diesjährige Tagung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger (Herausgeber der deutschen Tageszeitungen) wurde am Samstag in **Dresden** mit einem Festakt eröffnet. In seiner Eröffnungsrede gab der Vorsitzende des Vereins, Kommerzienrat Dr. **Krumbhaar,** Liegnitz, ein Begrüßungstelegramm des Reichspräsidenten von Hindenburg bekannt. Er begrüßte sodann die Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden, sowie den Vorsitzenden des Vereins österreichischer Zeitungsverleger, den Vertreter der schwedischen Zeitungsverleger, Dr. **Gunnar Bjurman,** den Vertreter der norwegischen Zeitungsverleger **Mäklegaardt,** ferner Rechtsanwalt Paßt von der „Rigaischen Rundschau" als Vertreter der baltischen Presse und Dr. Bing von der United Preß of American. Außerdem hieß Dr. Krumbhaar noch die Vertreter des Reichsverbandes der deutschen Presse, des deutschen Buchdruckervereins, der deutschen Arbeitgeberverbände u. a. willkommen. Die Zeitung, so führte er aus, ist keineswegs ein reines Erwerbsunternehmen, sondern sie hat in hervorragendem Maße die Bestimmung, der Allgemeinheit, der Volksgesamtheit und damit ideologischen Zwecken zu dienen. Indem die Verleger das Werkzeug der öffentlichen Meinungsbildung fest in der Hand haben, sind sie sich der hohen Verpflichtungen voll bewußt, denn Macht verpflichtet. Weit über die Grenzen des deutschen Reiches hinaus ist heute die deutsche Sprache und die deutsche Zeitung das einzig Einende. Unsere Weltgeltung hängt heute im wesentlichen davon ab, wie unsere Kultur in der Welt bewertet wird. Der Verein Deutscher Zeitungsverleger darf sich deshalb als ein wichtiger Faktor in der Vertretung der nationalen und kulturellen Belange unseres Volkes fühlen.

Nach Dr. Krumbhaar sprachen der sächsische Innenminister Dr. **Apelt,** der Vertreter der Reichsregierung Geheimrat **Baligand,** der Dresdener Oberbürgermeister Dr. **Blüher** und der Vertreter des Reichsverbandes der Deutschen Presse **Blank.** Nach weiteren Begrüßungsansprachen nahm der erste stellvertretende Vorsitzende des Vereins Deutscher Zeitungsverleger, Professor Julius Ferdinand **Wolff,** das Wort zu dem Thema „Freiheit der Presse, ihre Voraussetzungen und ihre Grenzen". Er führte u. a., ausgehend von der großen Wandlung der Presse, aus, an die Stelle des völlig veralteten Pressegesetzes von 1874 sei ein modernes Pressegesetz zu setzen, das von dem Gedanken ausgehe, daß die Presse das größte Instrument der öffentlichen Meinung und eine der wichtigsten produktiven Einrichtungen sei. Es liege auf der Hand, daß in dem neuen Pressegesetz auch die Pressefreiheit genau umschrieben sein müsse. Es werde bei gutem Willen nicht schwer sein, die Pressefreiheit vom strafrechtlichen Standpunkt aus so zu gestalten, daß der verantwortungsvollen Presse keine Bindungen auferlegt werden, die von Nachteil und Schaden sein könnten. Verleger und Redakteure handelten jederzeit als Beauftragte im öffentlichen Interesse. Auf das tiefste sei zu beklagen, wenn die Kritik an verantwortlichen Staatsmännern über das Ziel hinausgehe. Dies könne vor allem auf dem Gebiet der auswärtigen Politik den größten Schaden anrichten. Der Vortrag des Professor Dr. Wolff fand lebhaften Beifall. Der Festakt war umrahmt von Musikvorträgen.

Samstag vormittag begannen die **geschäftlichen Beratungen.** In seiner Begrüßungsansprache verwies der Vorsitzende, Kommerzienrat **Krumbhaar,** Liegnitz, auf die Tätigkeit der Vereinsleitung für die neue Formung des Reichspressegesetzes und die Reform des Strafgesetzbuches in Pressefragen und erläuterte die Bestrebungen des Vereins, die darauf abzielen, Zeitungswissenschaft und Zeitungskunde in den Lehrplan der Hochschulen einzugliedern. Der Voranschlag wurde von der Versammlung einstimmig und ohne Debatte genehmigt. Bei den Wahlen wurden die ausscheidenden Mitglieder des Vorstandes und die Rechnungsprüfer durch Zuruf einstimmig wiedergewählt. Zur allgemeinen Lage der deutschen Zeitungen gab sodann der Vorsitzende Dr. **Krumbhaar** einen ausführlichen Überblick. Von einer guten Konjunktur könne angesichts der ungeheuren Reparations- und Steuerlasten und der Steigerung der Unkosten noch lange keine Rede sein. Redner trat entschieden für vermehrte Eigenpropaganda der Zeitungen ein. Die intensive Tätigkeit des Vereins zur Aufrechterhaltung der Vormachtstellung der Zeitungsanzeige, eine der wichtigsten aktuellen Aufgaben der Zeitungsverlegerschaft, müsse die nachhaltigste Unterstützung jeder einzelnen Zeitung finden. Daher gelte es insbesondere auch, die bei Behörden und Wirtschaftskreisen noch vielfach anhaltende Verkennung der wirtschaftlichen Bedeutung der Zeitungsanzeige, die herrschende Pressefremdheit usw. zu bekämpfen. Im Anschluß daran entspann sich eine angeregte Aussprache.

Reform des englischen Oberhauses

Gelegentlich einer Debatte im englischen Oberhaus über eine etwaige **Reform** des Oberhauses führte der Lordkanzler u. a. aus: Die Regierung ist der Ansicht, daß das Oberhaus sich in Zukunft statt aus 740 Mitgliedern wie bisher aus höchstens 350 Mitgliedern zusammensetzen sollte, und zwar würden dann dem Hause angehören: erstens die Peers aus königlichem Blut, die geistlichen Würdenträger und die hohen richterlichen Beamten, die zu einem Sitze im Oberhaus berechtigt sind, ferner die Vertreter der erblichen Peers, die in Zukunft für eine Arbeitszeit von zwölf Jahren von der Gesamtheit der erblichen Peers gewählt werden würden und schließlich eine bestimmte Anzahl von Peers, die auf Vorschlag des Kabinetts vom König auf zwölf Jahre ernannt werden würden. Auf diese Art würde im Falle einer Arbeiterregierung diese die Möglichkeit haben, auch im Oberhaus in angemessener Weise vertreten zu sein. Weiterhin ist vorgesehen, daß ein Drittel der ernannten Peers und der Vertreter der erblichen Peers alle vier Jahre zurücktritt und durch andere Persönlichkeiten ersetzt wird. Die Vertreter der erblichen Peers hätten das Recht der Wiederwählbarkeit. Außerdem sollen in Zukunft Peers, die keinen Sitz im Oberhaus haben, berechtigt sein, für einen Sitz im Unterhaus zu kandidieren.

Deutscher Reichstag

WTB. **Berlin,** 20. Juni.

Auf der Tagesordnung steht die **2. Beratung der Vergleichsordnung zur Abwendung von Konkursen.**

Ohne Aussprache wird die Vergleichsordnung in zweiter und gleich darauf auch in dritter Beratung angenommen.

Ein Antrag **Seifert** (Völk.), der sich mit der **Junglehrernot** beschäftigt, wird debattelos dem Bildungsausschuß überwiesen.

Es folgt die erste Beratung des Entwurfs

eines Schankstättengesetzes.

Reichswirtschaftsminister Dr. **Curtius** begründet den Entwurf in längeren Ausführungen. Er erinnert an die inneren Widerstände, den Alkoholmißbrauch im Wege der Gesetzgebung zu bekämpfen. Der Staat habe zweifellos auf diesem Gebiet beträchtliche Aufgaben, denn der Alkoholmißbrauch zerstöre nicht bloß die Gesundheit des einzelnen, sondern auch die Volksgesundheit. Andererseits wäre es verfehlt, die Grenzen der staatlichen Gewalt zu weit zu ziehen. Der vorliegende Gesetzentwurf solle die vorhandenen Lücken ausfüllen. Eine Trockenlegung Deutschlands lehnt die Regierung ab, zumal in den trocken gelegten Ländern jetzt schon Bestrebungen im Gange sind, den Genuß leicht alkoholischer Getränke wieder zuzulassen. Auch von der Einführung des **Gemeindebestimmungsrechtes** hat die Regierung in Übereinstimmung mit dem vorläufigen Reichstagsbeschluß Abstand genommen. Solche Verwaltungsmaßnahmen können nicht zum Gegenstand von Volksabstimmungen gemacht werden. Der vorliegende Entwurf wird einer übermäßigen Vermehrung der Schankstätten dadurch vorbeugen, daß die Schankerlaubnis von der Führung des Bedürfnisnachweises abhängig gemacht wird. Wir sehen in einem soliden Gastwirtsstand eine Gewähr gegen den Alkoholmißbrauch.

Abg. Frau **Schulz** (S.) äußert große Enttäuschung über den vorgelegten Entwurf. Die Forderungen der Gegner des Alkoholmißbrauches seien in dieser Vorlage in keiner Weise verwirklicht. Das vorliegende Gesetz müsse verbessert werden.

Abg. Frau **Philipp,** Baden (Z.) führt aus, daß volle Einigkeit dahin bestehe, daß der Kampf gegen den Alkoholmißbrauch notwendig ist.

Abg. **Mollath** (Wirt. Ver.) erklärt den Gesetzentwurf für seine Freunde als unannehmabr.

Abg. Frau **Arendsee** (Komm.) nennt das Gesetz ein Verlegenheitsprodukt der Regierung.

Abg. **Sparrer** (Dem.) erklärt, die Demokraten würden positive Mitarbeit leisten bei der Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs. Mit dem Begriff „Bedürfnis" könne im Konzessionswesen viel Mißbrauch getrieben werden. Im Widerspruch des Reichsrates gegen die Aufstellung einheitlicher Richtlinien für die Bedürfnisfrage könne die demokratische Fraktion nicht mitmachen. Die Polizeistunde solle einheitlich geregelt werden.

Abg. **Schirmer** (Bayr. Vp.) spricht sich für den Schutz der Jugend und für die Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs aus. Das Gemeindebestimmungsrecht lehnen wir ab. Wir in Bayern lassen uns unser gutes Bier nicht nehmen (Heiterkeit).

Abg. **Rippel** (Dn.) bezeichnet gleichfalls den Entwurf als eine geeignete Grundlage für die Verbesserung des Schankkonzessionswesens. Das Gesetz sei geeignet, die Bestrebungen zur Ertüchtigung der Jugend zu fördern.

Abg. **Bicke** (Dt. Vp.) wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Mollath (Wirt. Ver.), die maßlose Übertreibungen enthalten hätten. Er erklärt, daß die Deutsche Volkspartei den Gesetzentwurf begrüße.

Damit schließt die allgemeine Aussprache.

Mit 159 gegen 118 Stimmen wird im Hammelsprung die Überweisung an den volkswirtschaftlichen Ausschuß beschlossen.

Nach 18 Uhr vertagt sich das Haus auf Dienstag 15 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung der **Strafgesetzbuchreform.**

*

Der **Ältestenrat des Reichstages** wird heute, Dienstag, um 13 Uhr zusammentreten, um die weiteren geschäftlichen Dispositionen des Reichstags zu besprechen.

Der 80. Geburtstag des Reichspräsidenten

Zum 80. Geburtstage des Reichspräsidenten v. Hindenburg am 2. Oktober d. J. hat das Reichskabinett beschlossen, eine **Hindenburg-Spende des deutschen Volkes** in die Wege zu leiten. Es wird darüber mitgeteilt:

Das Reichskabinett ging von der Auffassung aus, daß das deutsche Volk es sich nicht nehmen lassen werde, dem Reichspräsidenten anläßlich seines Ehrentages erneut seine Anhänglichkeit und Verehrung zu bezeugen. Andererseits ist die Reichsregierung davon überzeugt, im Sinne des Reichspräsidenten zu handeln, wenn sie von kostspieligen allgemeinen Feiern aus diesem Anlaß Abstand nimmt und den guten Wünschen zum Geburtstag eine Form gibt, die dem Ernst der Zeit und der Not unseres Volkes Rechnung trägt.

Um jedem Deutschen daheim und draußen die Möglichkeit zu geben, seiner dankbaren Verehrung für die Person des Herrn Reichspräsidenten Ausdruck zu verleihen, haben die Reichsregierung und die Regierungen der deutschen Länder beschlossen, eine **„Hindenburg-Spende"** zu veranstalten, die dem Herrn Reichspräsidenten an seinem 80. Geburtstag übergeben werden soll. Sie glauben gewiß, den Wünschen des Herrn Reichspräsidenten entgegenzukommen, wenn sie ihm vorschlagen werden, die aufkommenden Mittel in erster Linie dem Personenkreise zugutekommen zu lassen, der ihm besonders nahesteht, nämlich den **Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen.** Neben der Sammlung von Spenden, die in Verbindung mit den großen Spitzenorganisationen des Wirtschaftslebens usw. durchgeführt werden soll, ist die Ausgabe einer **Hindenburg-Briefmarke** in Aussicht genommen. Sie soll weiteren Kreisen die Möglichkeit der Beteiligung an dem Geburtstagsgeschenk für den Reichspräsidenten geben. Ihr Erlös ist vorzugsweise für die **schwer notleidenden Mittelstandsangehörigen, Sozialrentner** usw. bestimmt. Nähere Mitteilungen, vor allem auch über die Annahmestellen von Spenden werden erfolgen, sobald die im Gange befindlichen Besprechungen abgeschlossen sind.

Ergänzend wird mitgeteilt: Die Anschrift der „Hindenburg-Spende" lautet: „Hindenburg-Spende", Berlin, Nordwesten 70, Scharnhorststraße 35 (Fernsprecher Amt Norden 2831).

*

Der Reichspostminister Dr. **Schätzel** gibt folgende Mitteilungen über die geplante neue Hindenburgmarke: „Die Marke wird am Tage des Geburtstages des Reichspräsidenten in den Verkehr gelangen. Da es sich um eine **Wohlfahrtsmarke** handelt, wird sie mit dem **doppelten Preis** des aufgedruckten Wertes bezahlt werden. Dieser Mehrerlös ist vorzugsweise für notleidende Mittelstandsangehörige, Sozialrentner usw. bestimmt. — Die Hindenburgmarke wird voraussichtlich in drei Werten gedruckt werden, nämlich zu 5, zu 10 und zu 20 *Rpf* und soll wenigstens in der ersten Zeit in Form von Markenheften verkauft werden, je 20 5 Pf.-, 20 10 Pf.- und 10 20 Pf.-Werte enthalten und 10 *RM* kosten.

Der neue Bischof von Rottenburg. Aus **Rom** wird gemeldet: Im Konsistorium am Montag wurde der Titularbischof v. Almiro, **Sproll,** zum Bischof von Rottenburg ernannt.

Politische Neuigkeiten

Das Ergebnis von Genf

Das Reichskabinett beschäftigte sich am Montag nachmittag mit dem Ergebnis von Genf. Über die Sitzung wurde folgende amtliche Mitteilung ausgegeben:

„Das Reichskabinett nahm in seiner am Montag unter Vorsitz des Reichskanzlers abgehaltenen Sitzung einen **Bericht des Reichsaußenministers** über die Tagung des Völkerbundsrats und die in Genf geführten Verhandlungen entgegen. Es sprach der deutschen Delegation seinen **Dank** für ihre Bemühungen aus und stellte die Grundzüge fest, nach denen die eingebrachten **Interpellationen** über die Außenpolitik beantwortet werden sollen."

Die „Tägl. Rundsch." schreibt über die Sitzung des Reichskabinetts, man dürfe in der Annahme nicht fehl gehen, daß der Dank, den das Kabinett der Delegation ausgesprochen habe, zugleich eine **Billigung** für die Delegation einschließe. Wie erwartet habe der Verlauf der Besprechung gezeigt, daß das Kabinett in allen wesentlichen Punkten mit der Haltung der Delegation einverstanden ist. Besondere Wichtigkeit werde man dem Schlußsatz der amtlichen Mitteilung beimessen müssen. Es gehe aus ihm hervor, daß das Kabinett von vornherein die **Verantwortung** für die Erklärungen mitübernimmt, die der Reichsaußenminister Dr. Stresemann in der bevorstehenden Aussprache des Reichstages über die Genfer Tagung abgeben werde.

Im Anschluß an die Berichterstattung über die Genfer Tagung beschäftigte sich das Kabinett auch mit innerpolitischen Angelegenheiten. — Reichskanzler Dr. **Marx** wurde am Montag vom Reichspräsidenten von Hindenburg zum Vortrage über die innerpolitische Lage empfangen.

*

Im Reichstag wird heute der **interfraktionelle Ausschuß der Regierungsparteien** zusammentreten, um die außenpolitische Lage nach dem Abschluß der Genfer Verhandlungen zu besprechen. — Dasselbe Thema dürfte auch die **Fraktionssitzung** der Deutschen Volkspartei beschäftigen, die für 18½ Uhr einberufen ist. Man erwartet, daß in dieser Sitzung auch der Reichsaußenminister Dr. **Stresemann** erscheinen wird. — Sonst halten heute nur die Wirtschaftliche Vereinigung und die Kommunisten Fraktionssitzungen ab.

Den Sozialdemokraten und den Kommunisten folgend, haben nunmehr auch die **Regierungsparteien im Reichstag** eine Interpellation über die auswärtige Politik eingebracht. Sie fragen darin die Regierung, ob sie bereit sei, über die außenpolitische Entwicklung in den letzten Monaten im Reichstag Auskunft zu geben. Wie man hört, wird die Interpellation im Auftrag der Regierungsparteien von dem Zentrumsabgeordneten Dr. **Kaas** begründet werden. Für die Sozialdemokraten wird Dr. **Breitscheid** sprechen.

Die Aussprache wird voraussichtlich am Donnerstag stattfinden. Der Außenminister Dr. **Stresemann** wird die Interpellationen beantworten.

Die neuen Zölle

Auf der Tagung des Deutschen Landwirtschaftsrats in **Stettin** erklärte Reichsernährungsminister **Schiele,** es sei geplant, den **Kartoffelzoll** um 100 Proz. und den **Zuckerzoll** von 10 auf 15 Mark bei gleichzeitiger Senkung der Zuckersteuer zu erhöhen. Der Reichsfinanzminister habe noch nicht endgültig Stellung nehmen können, aber doch verbindlich erklärt, daß nach Lage der Reichsfinanzen die geplante weitgehende Ermäßigung der Zuckersteuer möglich sei. Die Zuckerzollerhöhung werde dadurch mehr als ausgeglichen.

Der **Reichslandbund** wendet sich gegen die in Aussicht genommene Regelung der Zollsätze und nennt sie eine schwere Enttäuschung für die deutsche Landwirtschaft.

Die Seeabrüstungskonferenz

In **Genf** wurde am Montag nachmittag die vom Präsidenten Coolidge nach **Genf** einberufene Konferenz der **drei großen Seemächte** England, Vereinigte Staaten und Japan durch den Führer der amerikanischen Delegation, Botschafter **Gibson,** eröffnet. Die Konferenz ernannte Gibson zu ihrem Präsidenten. Hierauf machten die drei Delegationsführer kurze programmatische Darlegungen. Dabei verlas der Führer der amerikanischen Delegation auch eine Botschaft Coolidges, in der er u. a. der Hoffnung Ausdruck gibt, daß durch das von der Konferenz zu treffende neue Abkommen jede Form des **Wettrüstens** zwischen den drei Mächten unmöglich gemacht und damit ein entscheidender Schritt auf dem Wege der allgemeinen Abrüstung getan werde. Die amerikanische Erklärung bedauert außerdem, daß Frankreich und Italien nicht offiziell an der Konferenz teilnehmen. Der amerikanische Vorschlag läuft auf den von den Vereinigten Staaten schon auf der Washingtoner Konferenz vertretenen grundsätzlichen Vorschlag hinaus, daß das in dem Washingtoner Vertrag niedergelegte Beschränkungsverhältnis für alle Kategorien von Kampfschiffen, also auch für die leichten Seestreitkräfte Anwendung finden solle. **Bridgeman** verlas die englische Erklärung. Die Engländer möchten in der Hauptsache, daß die Tonnage der Kreuzer in Zukunft im allgemeinen auf 7500 Tonnen und das Kaliber der Geschütze der Kreuzer auf 6 Zoll beschränkt werde. Sie würden sich dadurch gegenüber den Amerikanern und Japanern, die wegen fehlender Seestützpunkte auf größere Schiffe angewiesen sind, im Vorteil befinden, wie auch das kleinere Geschützkaliber ihnen, den Besitzern der größten Handelsflotte, erleichtern würde, Handelsschiffe zu Hilfskreuzern zu machen.

Die Japaner, wie aus der Erklärung des japanischen Vertreters **Saito** hervorging, möchten sich in der Voraussicht, daß auch für die leichten Seestreitkräfte bestimmte Verhältniszahlen als Ergebnis der Konferenz zu erwarten sind, eine Position sichern, die besser ist als die im Washingtoner Vertrag vorgesehene Proportion von 5 : 5 : 3, indem sie für die Berechnung des neuen Beschränkungsschlüssels als Basis die gegenwärtigen Rüstungsverhältnisse heranziehen möchten.

In allen drei Erklärungen handelt es sich um **Ausgangsstellungen** für das auf der Konferenz nunmehr zu erwartende politische Spiel.

Kurze Nachrichten

Der Reichsschulgesetzentwurf fertiggestellt. Der Entwurf des Reichsschulgesetzes ist im wesentlichen fertiggestellt und wird schon in den nächsten Tagen das Reichskabinett beschäftigen. In dem Entwurf werden alle drei Schularten — Simultan-, konfessionelle und weltliche Schule — als gleichberechtigt anerkannt. Der Entwurf dürfte nach der Beratung im Kabinett sofort dem Reichsrat zugehen.

Der Mandatsausschuß des Völkerbundes hat am Montag vormittag in **Genf** seine 11. Tagung eröffnet. Auf der Tagesordnung steht auch die Frage der Erweiterung des Ausschusses durch ein **deutsches Mitglied.** Die Frage wird, wie die ganze Tagesordnung, also auch eine Bittschrift vom „Bund der deutschen Togoländer" in nicht öffentlicher Sitzung entschieden werden.

Sir Ernest Wilton hat sein Amt als Präsident der Saarregierung angetreten.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Badischer Teil

Die Wahlreform vor dem badischen Landtag

32. Sitzung

DS. **Karlsruhe**, 21. Juni.

Eingegangen sind die Denkschrift über den Straßenbau und ein Novelle zum Gebäudesondersteuergesetz.

Präsident Dr. **Baumgartner** gibt ferner Anträge der Demokraten, Volksparteiler und Kommunisten, sowie eine große Reihe von Protestentschließungen der Frauenorganisationen **zum Landtagswahlgesetz** bekannt. Auch die Zahl der Gesuche hat wieder einen nicht geringen Zuwachs erfahren. Es liegen außerdem weitere Entschließungen von Mietervereinigungen betr. die restlose Verwendung des Aufkommens aus der Gebäudesondersteuer für den Wohnungsbau vor.

Zentrum und Bürgerl. Vereinigung beantragen namentliche Abstimmung über die Novelle zum Landtagswahlgesetz. Nach Erledigung einer kurzen Anfrage des Abg. Dr. **Hoffmann** (Ztr.) betr. die Not der Bienenzüchter, die Ministerialrat **Kirchgäßner** mit dem Hinweis auf Maßnahmen des Reiches beantwortet, wird in die Tagesordnung eingetreten.

Erster Punkt ist der Gesetzentwurf über die vierte Änderung des

Landtagswahlgesetzes.

Abg. Dr. **Engler** (Soz.) hat über die Verhandlungen im Verfassungsausschuß einen schriftlichen Bericht erstattet, den er heute noch in einigen Punkten ergänzt. Unsere Leser sind vom Gang und Ergebnis der Ausschußberatungen seiner Zeit unterrichtet worden. Es bleibt bei den von der Regierung vorgeschlagenen 22 **Wahlkreisen** (bisher 7), bei Fortfall der Landesliste. Der Berichterstatter wendet gegen die **Abänderungsanträge** u. a. ein, daß sie zum Teil gegen das Prinzip der Verhältniswahl verstießen. Er vertrat weiter die Auffassung, daß die Landesliste ein unsicherer Faktor sei, der allen Parteien schwere Enttäuschungen bringen könnte. Endlich will der Gesetzentwurf der Parteizersplitterung begegnen.

Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte einigt sich das Haus auf eine

allgemeine Aussprache

in der zunächst

Abg. Dr. **Eggler** den Standpunkt des **Zentrums** darlegt. Er wirft einen Rückblick auf die Entwicklung des Landtagswahlrechts in Baden. Obwohl der Gedanke der Verhältniswahl schon vor dem Kriege erwogen worden war, konnte er erst in der neuen Verfassung verankert werden. Daran werde auch durch das vorliegende Gesetz nichts geändert. Es gelte nur, die Mängel zu beseitigen. Die Wahlkreise waren zu groß. Der Abgeordnete hatte aber selbst ein Interesse daran, ein gewisses Arbeitsgebiet zugewiesen zu erhalten. Man habe eine bedenkliche Wahlmüdigkeit erlebt. Das Interesse an der Wahl zu wecken, sei Aufgabe dieses Gesetzes. An sich hätte das Zentrum nichts gegen eine Verkleinerung des Parlaments. Es stelle indessen keine Anträge, um sich den Vorwurf des Parteiegoismus zu ersparen, denn es würde von einer Verminderung der Abgeordnetenzahl keinen Nachteil haben. Durch das Gesetz soll eine **bessere Verbindung des Abgeordneten mit der Wählerschaft** hergestellt werden. Aufgabe der großen Parteien sei es nicht, nur einseitige Interessen zu vertreten, sondern einen Ausgleich zu schaffen. Der Kampf gegen die **Interessentengruppen** sei von allen Seiten als berechtigt anerkannt worden. Trotz grundsätzlicher Übereinstimmung in den Hauptfragen konnte leider eine Einmütigkeit der Parteien nicht erzielt werden, weil die Wege auseinandergingen. Der Redner kommt dann auf die **Landesliste** zu sprechen. Die Vorteile würden von den Nachteilen überwogen, da gerade hier die Interessentengruppen Einfluß gewinnen könnten. (Abg. Frau Richter ruft: Man solle die Landesliste den Frauen reservieren!) Redner fährt fort, er sei überzeugt, daß sich die Frauen auch unter dem neuen Wahlgesetz durchsetzen werden. Das Zentrum lehne alle Abänderungsanträge ab und stimme den Ausschußbeschlüssen zu.

Abg. **Maier**-Heidelberg spricht für die sozialdemokratische Fraktion. Bei Vorlagen wie der heutigen sollte man die Statistik besser weglassen. Es sei wieder sehr viel ausgerechnet worden. Die Änderungen haben wir Sozialdemokraten bewußt mitgemacht. Für uns war ausschlaggebend die Möglichkeit einer **engeren Fühlungnahme des Abgeordneten mit dem Wahlkreis**, die Ausschaltung der Splitterparteien und Interessentengruppen und damit die Möglichkeit der Schaffung eines arbeitsfähigen Parlaments. Wie sich der unbegrenzte Proporz auswirke, zeige sich in den **Gemeindeparlamenten**. So etwas habe mit Wahrung der Volksrechte und mit Parlamentarismus absolut nichts zu tun. Wir wollen ein möglichst einflußreiches Parlament. Bei uns werden die Frauen auf den Bezirkslisten aufgestellt; wir brauchen die Landeslisten nicht. Zuzugeben sei, daß die kleinen Parteien bei der Änderung etwas schlechter gestellt sind wie die großen. Es diene aber der politischen Erziehung, wenn diese oder jene Partei sagen kann: Das ist ein neues Arbeitsfeld da stellen wir unseren Kandidaten auf. Auch künftig werde für jede, auch die kleinste Partei, **jede Stimme im Lande gezählt**. Die Abänderungsanträge lehnen wir ab. Die Zahl 22 ist weder für uns, noch für das Zentrum ein Ideal, aber das Ergebnis des bestehenden Kräfteverhältnisses. Mit einer Herabsetzung der 5 Prozent Unterschriften für die kleinen Parteien könnten wir uns unter Umständen einverstanden erklären.

Abg. Dr. **Schmitthenner** vertritt den Standpunkt der Bürgerlichen Vereinigung. In der Verwertung eines Wahlsystemes müsse man sehr vorsichtig sein; denn jedes Wahlsystem habe seine menschliche Schwäche. An Nachteilen des neuen Gesetzes wären anzuführen: Vorzug kleinerer Bezirkswünsche vor größeren Gesichtspunkten, Ausschaltung der Parteizentralen, Zurückdrängung der Frauen, Verschärfung des Wahlkampfes. Dem neuen Entwurf stehen wir deshalb mit einer gewissen Skepsis gegenüber. Dabei stehen wird grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß man sich im Hinblick auf die **politische Interesselosigkeit** weiter Kreise einer gesunden Wahlreform nicht entziehen kann. Der Grundgedanke des Gesetzes den Abgeordneten in nähere Verbindung mit den Wählern zu bringen, ist durchaus zu begrüßen. Die 22 Wahlkreise liegen in der Grenze des Tragbaren. Bis hierher gehen wir mit Ihnen einig. Im übrigen leidet aber der Entwurf an einer Überspannung, die sich vielfach ins Gegenteil von dem Gewollten kehren dürfte. Die Landesliste wird immer dann richtig funktionieren, wenn sie sich in richtigen Händen befindet. Man sollte die Parteizentrale nicht ausschalten; eine kluge Grenze sei hier allerdings geboten. Für die Landesliste spreche ferner, daß, nachdem einmal das **Frauenwahlrecht** eingeführt sei, auch dafür gesorgt werden müsse, daß die Frauen ihre Vertretung im Parlament finden. Ein weiterer Grund für die Beibehaltung der Landesliste liegt darin, daß kleinere und mittlere Parteien in vielen Kreisen kaum mehr hervorzutreten vermögen. Es werde also gerade das Gegenteil von dem erreicht, was man mit dem Gesetzentwurf eigentlich wolle, nämlich anregend zu wirken und eine persönliche Verbindung herzustellen. Den Begriff der Splitterparteien dürfe man nicht zu weit ziehen. Man wolle nur die Wirtschaftliche Vereinigung treffen, mit der wir in Fraktionsgemeinschaft stehen. Der Redner empfiehlt im Sinne seiner Ausführungen eine Reihe von **Anträgen**, bei deren Ablehnung die Bürgerl. Vereinigung dem Gesetzentwurf die Zustimmung versagen müßte.

Abg. Dr. **Obkircher** (D. Vpt.) bezeichnet den vorliegenden Gesetzentwurf als eine Lex Dr. Schofer, denn die Vorlage sei seiner Initiative entsprungen. Dr. Schofer habe in Wort und Schrift die Wahlreform betrieben, dabei unterstützt von seinem Parteifreund Wittemann. Er habe auch die Weisung für die weitere Entwicklung der Sache und den Kommentar gegeben, wie er sich das Gesetz denkt. Dann setzte das Verhandeln zwischen Zentrum und Sozialdemokraten ein. Und durch den Abg. Seubert sei das Kompromiß bekannt geworden. Das **Wahlalter** von 20 Jahren halten wir für zu nieder. Die Wahlverdrossenheit habe ihre Ursache in dem Verlangen nach Erhöhung des Wahlalters, nach Einschränkung der Zahl der Abgeordneten und nach allmählichem Abbau der Länderparlamente. Warum wartete man mit der Vorlage nicht, bis man wußte, was mit dem Reichstagswahlrecht geschieht? Warum diese Eile? Wir halten den Gesetzentwurf, so wie er aus dem Ausschuß hervorgegangen ist, für unzulänglich und verfrüht. Trotzdem haben wir mitgearbeitet. Die Landesliste hat man beseitigt, nicht aber die Listenwahl. Das Zentrum sei durch die Vorlage überall vertreten und restlos befriedigt. Schlechter daran seien schon die Sozialdemokraten. Der Volkspartei gehe das Oberland und Mittelbaden verloren. Noch schlimmer stehe es mit den anderen Parteien. Es werde nicht eine Annäherung, sondern eine absolute Entfremdung von Wählern und Abgeordneten eintreten. Das hätte durch die Landesliste ausgeglichen werden können, deren Vorzüge bereits richtig geschildert worden seien. Die Sozialdemokraten würden das Gesetz schlucken aus Gründen der politischen Dynamik. Das Frauenwahlrecht war, wie wir anerkennen wollen, unter den heutigen Verhältnissen, wo die Frau im Erwerbsleben eine gewichtige Rolle spielt, eine politische Notwendigkeit. Man nimmt es aber praktisch den Frauen durch die Beseitigung der Landesliste. Der Redner begründete gleichfalls mehrere **Abänderungsanträge**. Lehne man diese ab, so diene das Gesetz nur dem Zentrum. Es sei noch immer zu hoffen, daß sich ein Weg findet, um die Ungerechtigkeiten aus dem Gesetze auszumerzen. Eine Ausnutzung der Macht, wie sie in dieser Vorlage zum Ausdruck komme, habe sich stets gerächt.

Ministerialdirektor Dr. **Föhrenbach** stellt gegenüber einer Bemerkung des Abg. Dr. Obkircher fest, daß Innenminister Dr. **Remmele** lebhaft bedauerte, infolge dringender dienstlicher Verhinderung den gegenwärtigen Verhandlungen nicht anwohnen zu können. Wenn der Vorwurf der Teilnahmelosigkeit erhoben werden sollte, so müßte er diesen entschieden zurückweisen. —

Abg. Dr. **Schofer** erklärt in persönlicher Bemerkung, anknüpfend an das Wort des volksparteilichen Redners von der Lex Schofer, daß die Vorlage, hätte er sie zu machen gehabt, ganz anders ausgefallen wäre. —

Gegen ½2 Uhr vertagt sich das Haus auf nachmittags ¼4 Uhr.

Anhörung der Kommunen und Körperschaften vor Erlaß von Gesetzen

Die von der **Regierung** aufgestellten **Richtlinien** über die Anwendung der Vorschrift des § 20 Abs. 1 Satz 2 der Verfassung besagen:

Das federführende Ministerium wird den **Gemeinden, Gemeindeverbänden und Kreisen** von der Absicht der gesetzlichen Regelung sie berührender allgemeiner Fragen so rechtzeitig Kenntnis geben, daß deren Stellungnahme noch vor der Vorlage des Gesetzentwurfes an den Landtag Berücksichtigung finden kann. Die Benachrichtigung wird an die Vertreter der Gemeinden und Kreise gerichtet. Als Vertreter der Gemeinden gelten die drei Verbände: Badischer Städteverband, Bad. Städtebund, Verband bad. Gemeinden. Vertreter der Kreise ist der jeweilige Kreisvorort.

In gleicher Weise erfolgt die Anhörung der **berufsständischen Verbände** (Handelskammern, Handwerkskammern und Landwirtschaftskamern) nach Maßgabe der für sie geltenden besonderen gesetzlichen Bestimmungen, ebenso bei wichtigen, ihre Interessen berührenden Gesetzen die Anhörung der Organisationen der **Grund- und Hausbesitzer, Mieter, Arbeitnehmer und Verbraucher.**

Die Form der Mitteilung an die genannten Vertretungen wird dem Ermessen des federführenden Ministeriums überlassen insbesondere die Entscheidung darüber, ob der Nachricht ein Gesetzentwurf anzuschließen ist. Zur **Abgabe der Äußerung** soll in der Regel den Vertretungen eine Frist von mindestens zwei Wochen gewährt werden. Gesetzentwürfe sind außerdem nach der Annahme durch das Staatsministerium unter Bezugnahme auf die Bestimmung des § 20 Abs. 1 Satz 2 der Verfassung ohne die Begründung im Staatsanzeiger bekanntzugeben. Die Anordnung der Bekanntgabe erfolgt jeweils auf Antrag des federführenden Ministeriums in dem Entschließungsentwurf.

Neueingänge

Dem Landtag ist nunmehr die vor einiger Zeit angekündigte **Denkschrift des Finanzministeriums über die Entwicklung des badischen Straßenbauprogramms** zugegangen. Ferner hat die Regierung eine Novelle zum Gebäudesondersteuergesetz vorgelegt. Eingaben des Bad. Städteverbands und des Bad. Städtebunds haben die **Neuregelung der Wohlfahrtspflege** zum Gegenstand. Die Zahl der **Gesuche** hat wieder einen nicht geringen Zuwachs erfahren. Die Arbeitsgemeinschaft der Beamten der unteren Besoldungsgruppen ist wegen der **Notlage der Beamten** in Gruppe I und II vorstellig geworden. Der Verband der **Polizeibeamten** Badens und die Vereinigung der Polizeioffiziere tragen in Eingaben ihre Wünsche zum Polizeibeamtengesetz vor.

Warnung vor unerlaubter Ausspielung

Die Firma Karl Friedrich **Krügel, G. m. b. H. in Lübeck**, vertreibt Strumpfwaren im Wege einer unerlaubten Ausspielung (sogenanntes Schneeballensystem). Es werden nach Qualitäten 5 bis 12 Paar Strümpfe zum Preise von 25,50 *RM* angeboten unter folgender Bedingung: Der Käufer bestellt Strümpfe und zahlt 1,50 *RM* an. Er muß nun weitere 4 Kunden suchen, von denen jeder auch für 25,50 *RM* Strümpfe bestellt. Für jeden Kunden, der bestellt, werden dem Käufer 6 *RM* Provision gutgeschrieben. Sobald er den 4. Kunden beigebracht hat, erhält er die Strümpfe. Bei jedem Kunden wiederholt sich das gleiche Spiel.

Gegen die Firma schwebt beim Landgericht Lübeck ein Verfahren wegen unerlaubter Ausspielung.

Die Erteilung eines derartigen Auftrages an die Firma kommt einer **Beteiligung an der unerlaubten Ausspielung gleich und ist strafbar.**

Landesverband der badischen Presse

Die im Landesverband der badischen Presse (im Reichsverband der deutschen Presse) zusammengeschlossenen Redakteure der badischen Zeitungen usw. hielten am Sonntag in **Freiburg** ihre sehr gutbesuchte diesjährige Hauptversammlung ab. Der Gesamtvorstand des Landesverbandes hatte bereits am Samstag sich zu einer eingehenden Vorberatung zusammengefunden, während die Kollegen aus Oberbaden in einer vor der eigentlichen Hauptversammlung abgehaltenen Zusammenkunft die Gründung des **Bezirks Oberbaden** im Rahmen des Landesverbandes der badischen Presse beschlossen hatten.

Zu Beginn der Hauptversammlung des Landesverbandes begrüßte der Vorsitzende des Gesamtvorstandes, **Haller**, Mannheim, nicht nur die aus allen Teilen des Landes erschienenen Kollegen, sondern vor allen Dingen auch die neugeschaffene Bezirksgruppe Oberbaden, in deren Namen Herr **Segelke**, Freiburg, herzliche Begrüßungsworte sprach. Er gedachte vor allem auch der hingebenden Tätigkeit des Kollegen **Müller**, Freiburg, der während 30 Jahren für die Interessen seiner Freiburger Kollegen gewirkt und auch nahezu 20 Jahre lang dem Vorstand des Landesverbandes angehört hat. Die Bezirksgruppe Oberbaden werde ihm die Ehrenmitgliedschaft der neuen Bezirksgruppe antragen, gleich dem Kollegen **Bittrich**, Freiburg, dem es vergönnt gewesen war, vor wenigen Tagen anläßlich seines 60. Geburtstages aus weiten Kreisen der deutschen Kollegenschaft die herzlichsten Glückwünsche entgegenzunehmen, aber auch den herzlichsten Dank für seine stets vorbildliche und treue Hingabe in der Vertretung der Interessen seiner Kollegenschaft. Im Namen des Vorstandes des Landesverbandes sprach Chefredakteur **Fischer**, Mannheim, den beiden künftigen Ehrenmitgliedern der neuen Bezirksgruppe Oberbaden, Müller und Bittrich, die herzlichsten Glückwünsche aus und feierte den Kollegen Bittrich als Dichter und Menschen.

Es folgte der von Herrn **Haller**, Mannheim, erstattete Jahresbericht, der ein verhältnismäßig günstiges Bild über Mitgliederbewegung, Zusammenschlußbestrebungen usw. gab. Mehr und mehr mache sich der Wunsch auf stärkere Betonung des Kollegialitätsgedankens bemerkbar. Weiter behandelte der Geschäftsbericht eingehend die Frage des Heidelberger Instituts für Zeitungskunde; auch die Frage der Anrechnung der Aufwandsentschädigungen der Redakteure bei der Leistung der Steuern bildete den Gegenstand eingehender Darlegungen. Der Kassenbericht ergab gleichfalls ein nicht unerfreuliches Bild. Die Berichte wurden nach zum Teil eingehender Diskussion von der Landesversammlung gutgeheißen.

Nach Übermittlung herzlicher Grüße seitens des Ehrenvorsitzenden des Landesverbandes, **Scheel**, Mannheim, der leider durch Erkrankung an der Teilnahme verhindert war, folgte ein kurzer Bericht über die Breslauer Tagung des Reichsverbandes durch Herrn **Haller**, sowie Mitteilungen von Dr. **Rumpf**, Mannheim, über die neue Ehrengerichtsordnung.

Aus den internen Verhandlungen ist besonders zu erwähnen der Beschluß, demzufolge für den Landesverband eine Unterstützungskasse ins Leben gerufen werden soll, um vornehmlich stellungslosen Kollegen beispringen zu können. Der Ausbau dieser Unterstützungskasse zu einer Darlehenskasse wurde entsprechend den Vorschlägen des Vorstandes für einen späteren Zeitpunkt zurückgestellt.

Die neuen Satzungen des Landesverbandes wurden nach einem Bericht von Dr. **Englram**, Mannheim, nach lebhafter Aussprache mit einigen Änderungen einstimmig angenommen. In den auf Grund der neuen Satzungen des Landesverbandes erweiterten Gesamtvorstand wurden die bisherigen Mitglieder Redakteur Georg Haller, Mannheim, als Vorsitzender und Rechner, Chefredakteur Geistl. Rat Dr. Theodor Meyer, Karlsruhe als erster stellv. Vorsitzender, und Chefredakteur Dr. Englram, Mannheim, als Schriftführer wieder- und Redakteur Fritz Segelken, Freiburg, als zweiter stellv. Vorsitzender neugewählt. Beisitzer sind die Herren Dr. Heinrich Rumpf, Mannheim, Redakteur Dr. Petersen, Mannheim, Chefredakteur Kurt Amend, Karlsruhe, Chefredakteur Ernst Stolz, Karlsruhe, Redakteur Gerhardt, Karlsruhe, Chefredakteur Dr. Schneider, Karlsruhe, Chefredakteur Färber, Karlsruhe, und Chefredakteur Franz August Huber, Offenburg.

Der Vorsitzende der Bezirksgruppe Karlsruhe, Landtagsabgeordneter **Dees**, sprach unter allgemeiner Zustimmung der Versammlung dem Vorsitzenden Haller und dem geschäftsführenden Ausschuß den Dank für die mustergültige Geschäftsführung des Landesverbandes aus.

Beginn der Breisacher Freilichtspiele

Das althistorische Städtchen Breisach hatte vorletzten Sonntag wieder einmal seinen großen Tag, galt es doch, die Eröffnung der diesjährigen Freilichtspiele, für die man Schillers **„Wilhelm Tell“** gewählt hatte, in festlicher Weise zu begehen. Die Stadt hate reichen Flaggenschmuck angelegt und gegen drei Uhr bewegte sich eine festlich gestimmte Menge zur Naturbühne auf dem hochgelegenen Münsterplatz. Neben Freiburger Besuchern war auch die Landbevölkerung aus der näheren Umgebung, teilweise auch aus dem Oberelsaß außerordentlich zahlreich vertreten. Unter den Ehrengästen konnte man Oberbürgermeister Dr. **Bender**, Freiburg, und die Bürgermeister **Hofner** und **Hölzl**, Freiburg, Landeskommissär Dr. **Schneider**, Landrat **Schwörer** u. a. bemerken.

Trompetensignale verkündeten den Beginn des Spieles, das nicht zuletzt durch seine wuchtigen Massenszenen, wobei die Mitwirkung Berittener dem Ganzen noch einen natürlicheren Charakter gab, einen tiefen Eindruck hinterließ, der sich am Schlusse in spontanen Beifall äußerte. Unter den Einzelspielern sei besonders der Tell Ferdinand Uffenheimers, der besonders die Apfelschußszene ergreifend zu gestalten wußte und der Stauffacher Paul Heinzes hervorzuheben, deren Spiel dem Zuschauer vollkommen vergessen ließ, daß es sich hier nicht um Berufsschauspieler, sondern um bodenständige Bürger Breisachs, handelte. Die gesamte Inszenierung stand unter der künstlerischen Oberleitung **Harry Schäfers**, der, wie schon bei den früheren Festspielen, auch diesmal seinen Hauptanteil am guten Gelingen des Festspiels hatte. Während der ganzen Dauer der Aufführung schien die warme Junisonne, oft etwas zu heiß, herab. Der befürchtete Regenschauer trat erst, als wenn der launische Wettergott darauf gewartet hätte, kurz nach Schluß ein.

Der Abend sah, einer Einladung des Breisacher Bürgermeisters **Meyer** folgend, die anwesenden Bürgermeister und Gemeindevertreter noch im Gasthaus „Stadt Freiburg“ beisammen.

Das 25jährige Bestehen der Villinger Baugenossenschaft bot Gelegenheit zu einer eindrucksvollen Bekundung des Genossenschaftsgedankens im Rahmen einer Feier in der städtischen Festhalle. Gleichzeitig fand eine Tagung des Verbandes der Oberbadischen Baugenossenschaften statt, bei der über 20 Genossenschaften vertreten waren und auf der hauptsächlich interne Fragen behandelt wurden. Die von der Villinger Baugenossenschaft erstellten 40 Häuser für rund 235 Familien mit über 1000 Köpfen waren festlich geschmückt.

E. Büchle Inhaber: W. Bertsch Kaiserstraße 132 Spezialhaus für **Bilder u. Einrahmungen** Gute Ausführung bei billigst. Berechnung Große Auswahl

Gemeinde-Rundschau

Wohnungsbautätigkeit in Karlsruhe. Nach einem Beschluß des Stadtrates Karlsruhe wird der der Förderung des Wohnungsbaues im Rechnungsjahr 1927 zur Verfügung stehende Betrag von 4 800 000 *RM* um 2 735 000 *RM* auf 7 535 000 *RM* erhöht. — Um die Wohnungsbautätigkeit reibungslos vom Rechnungsjahr 1926 in das Jahr 1927 überzuleiten, wurden schon mit Gemeindebeschluß vom 20. Dezember 1926 4,8 Millionen *RM* zur Förderung des Wohnungsbaues im Rechnungsjahre 1927 bereitgestellt. Die Bautätigkeit 1927 ist inzwischen sehr lebhaft geworden, es sind bis jetzt Darlehen für mehr als 700 Wohnungen durch den Bürgerausschuß zugesagt worden. Die Bereitstellung dieser Mittel ist nunmehr dringend geworden. Es soll der schon bewilligte Betrag von 4 800 000 *RM* um die Summe von 2 735 000 *RM* erhöht werden. Die Deckung des Mehrbedarfs muß in erster Linie durch ein weiteres Anlehen von 2 500 000 *RM* erfolgen. Die für die Unterstützung neuer Bauvorhaben zur Verfügung stehende Summe von 5 485 000 *RM* wird für ungefähr 820 Wohnungen ausreichen.

Der Bürgerausschuß Ettlingen hatte sich mit vier Vorlagen zu befassen, zunächst mit dem durch die Ferngasversorgung mit der Stadt Karlsruhe bedingten neuen Gaspreismiete betrug, wurde auf 12 *Rpf* einschließlich Gasmessertarif, der eine Staffelung von 70 Gruppen vorsieht. Der Gaspreis, der bisher 18 *Rpf* pro cbm ohne Gasmessermiete, zuzüglich einer Grundgebühr je nach Höhe des monatlichen Verbrauchs festgesetzt. Im Durchschnitt tritt dadurch eine Ermäßigung des Preises um 2 *Rpf* pro cbm ein. Die Vorlage löste eine ziemlich scharfe Auseinandersetzung aus, wurde aber schließlich mit 43 Stimmen gegen die der Sozialdemokraten und eines Teiles der Bürgervereinigung angenommen. Auch bei der zweiten Vorlage, Erhöhung der Schlachthausgebühren um 50 Proz., kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen. Auch diese Vorlage, die damit begründet wurde, daß die bisherigen Sätze zur Deckung der Kosten nicht mehr ausreichten, wurde schließlich mit 38 Stimmen angenommen. Die Einführung der Biersteuer in Höhe von 7 Proz. des Herstellerpreises fand ohne wesentliche Debatte Annahme mit 37 Stimmen. Dagegen stimmten die Sozialdemokraten. Endlich wurde die Einführung einer Wertzuwachssteuer für alle seit dem 1. Januar 1924 erworbenen und mit Gewinn wieder veräußerten Grundstücke beschlossen. —

Aus der Landeshauptstadt

Die Hauptversammlung des Reichsausschusses für Leibesübungen

Die am 2. und 3. Juli im Bürgersaal des Rathauses in Karlsruhe stattfindende Hauptversammlung des Reichsausschusses für Leibesübungen verbunden mit einer Sitzung der Ortsgruppen und Stadtämter für Leibesübungen dürfte eine der bedeutendsten Veranstaltungen auf turnerisch-sportlichem Gebiete der letzten Jahre werden. Den Höhepunkt der ganzen Veranstaltung wird die als Werbeveranstaltung gedachte **Kundgebung** am Sonntag, den 3. Juli, nachm. in der Städt. Festhalle bilden, bei welcher der Vorsitzende des Deutschen Reichsausschusses, Dr. **Lewald**, der Oberbürgermeister von Köln **Adenauer**, Kultusminister **Leers** u. a. sprechen werden. In den Rahmen der Veranstaltung fügt sich die **Deutsche Turn- und Sportausstellung Karlsruhe 1927**, eine der größten Ausstellungen auf dem Gebiete der Leibesübungen, ein, die am 25. Juni eröffnet wird und bis zum 10. Juli dauert.

Republikanische Kundgebung. Das Reichsbanner kündigt für Montag, den 27. Juni, abends 8 Uhr eine republikanische Kundgebung im hiesigen großen Festhallesaal an. Es sollen u. a. sprechen Reichskanzler a. D. Dr. **Wirth**, sowie die Reichstagsabgeordneten Dr. **Haas** und **Schöpflin**.

Schulfahrt zum Besuch des Landestheaters. Am Samstag, den 18. Juni, nachmittags 3 Uhr, fand eine Aufführung von Goethes **„Egmont"** für auswärtige Schüler statt. Schulen aus Achern, Bühl, Eisental, Eppingen, Ettlingen, Gaggenau, Kappelwindeck, Kuppenheim, Obergrombach und Ötigheim benutzten ihren Schulausflug zum Besuch der Vorstellung des Landestheaters. Der Gedanke, den alljährlichen Schulausflug auch zur Abwechslung zum Besuch der Kunstanstalten der Landeshauptstadt zu benutzen, dringt dank der freundlichen Förderung durch kunstsinnige Schulleiter selbst weitentfernter Orte in immer weitere Kreise.

Der badische Artilleristentag sah am Sonntag einige tausend Angehörige der ehemaligen badischen Artillerieregimenter in den Mauern der flaggengeschmückten Landeshauptstadt. Das Fest, bei dem der hiesige Artilleriebund St. Barbara gleichzeitig sein 35jähriges Bestehen feierte, nahm den programmäßigen Verlauf und die wenig günstige Witterung konnte der Freude des Wiedersehens alter Veteranen von 1870/71 wie auch der Teilnehmer am Weltkriege keinen Abbruch tun. Den Veranstaltung wohnten auch mehrere Offiziere in der Uniform des alten Heeres, darunter der greise General der Artillerie a. D. von **Beck** aus Freiburg teil. Vormittags fand am Artilleriedenkmal beim Linkenheimer Tor ein Gedächtnisakt für die Gefallenen statt, dem die Weihe der zweiten Fahne des festgebenden Vereins folgte. Nachmittags bewegte sich ein stattlicher Festzug, an dem sich auch alle sonstigen Militär- und Waffenvereine von Karlsruhe und Umgegend mit ihren Fahnen beteiligten, durch die Kaiser-, Westend- und Moltkestraße zum Engländerplatz, wo man in einer Art Volksfest einige Stunden der Freundschaft und frohen Geselligkeit widmete.

Badische Jugendherbergslotterie. Der Haupttreffer der Badischen Jugendherbergs-Lotterie fiel auf die Nummer 206 673, der 2. Haupttreffer auf die Nummer 282 143. (Ohne Gewähr).

Die Galerie Moos, Kaiserstraße 187, eröffnet soeben ihre 132. Sonder-Ausstellung. Diese bringt eine Kollektion von 46 Gemälden des Karlsruher Künstlers Albert W. **Hofmann**, ferner Gemälde und Zeichnungen von G. **Ebert-Pütmann**. Die Ausstellung ist täglich von 10—18, Sonntags von 11—13 Uhr geöffnet.

Wetterdienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Mit steigendem Luftdruck trat gestern bei uns Aufheiterung ein. Zu geringen Niederschlägen kam es nur noch in Nordbaden. Ein vom Azoren-Hoch abgelöster Teil liegt jetzt über dem mitteleuropäischen Festland. Verschiedene Anzeichen sprechen dafür, daß Teilhoch stationär werden wird, womit für uns noch Aussicht auf Fortbestand des heiteren und zunächst wärmeren Wetters gegeben ist. **Wettervorhersage** für den 22. Juni: Meist heiter, trocken und wärmer. Nachmittags im Gebirge vereinzelt Wärmegewitter.

Kurze Nachrichten aus Baden

WTB. **Mannheim**, 21. Juni. In der vergangenen Nacht fing ein **französisches Flugzeug** bei einem Uebungsflug in der Nähe von Hasloch in der Pfalz in der Luft Feuer und ging in steilem Gleitflug nieder. Auf der Erde **verbrannte** der Apparat fast vollständig. Beide Insassen des Flugzeuges erlitten beim Abspringen Beinbrüche.

* **Mannheim**, 20. Juni. Im Juli d. J. werden **100 Jahre** verflossen sein, seitdem auf dem Rhein mit dem Betrieb regelmäßig und fahrplanmäßig betriebener **Dampfschiffahrt** begonnen wurde. Schon in den Jahren vorher hatte man allerlei Versuche in dieser Richtung hin gemacht, ohne jedoch befriedigende Ergebnisse zu erzielen. Der erste Dampfer, der „Ludewig" wurde am 10. Juli 1827 bei Mannheim in Dienst gestellt. Bald darauf wurde dort das zweite Rheinschiff „Friedrich Wilhelm" in Betrieb genommen.

DZ. **Donaueschingen**, 20. Juni. Im Zusammenhang mit der Anwesenheit des Weihbischofs **Burger**, der heute morgen 530 Kinder aus der Baar die Firmung spendete, fand heute mittag gegen 12 Uhr die feierliche Grundsteinlegung der neuen katholischen Marienkirche statt, deren Erstellung dank zahlreicher, zum Teil sehr erheblicher Spenden, an denen auch die fürstliche Familie beteiligt ist, möglich wird. Der Bau wird ausgeführt von der Donaueschinger Architektenfirma Behinger & Heim.

DZ. **Furtwangen**, 20. Juni. Am Donnerstag, den 23. Juni d. J. sind es genau **siebzig Jahre** her, daß das Schwarzwaldstädtchen Furtwangen von einem **großen Brande** heimgesucht und fast völlig zerstört worden ist. Es war ein furchtbares Chaos und alte Schilderungen geben ein eindringliches Bild von dem namenlosen Elend, das dieser Brand seinerzeit über den Ort gebracht hat. — Neues Leben blühte allerdings bald darauf wieder aus den Ruinen. Heute ist Furtwangen ein schmuckes Städtchen geworden, das dank seiner seltenen und bevorzugten Höhenlage für den Fremdenverkehr ganz besonders bedeutend ist.

DZ. **Emmendingen**, 20. Juni. Im 76. Lebensjahre ist hier Medizinalrat Dr. Otto **Feldbausch gestorben**, der lange Jahre an der hiesigen Heilanstalt tätig und hier seinen Ruhesitz aufgeschlagen hatte.

* **Wimpfen a. N.**, 20. Juni. Das von den Paddlern so viel befahrene **Wimpfener Fach** des Neckars, hat wieder ein Todesopfer gefordert. **Paul Eggers** aus Hamburg, versuchte mit einem Freunde von Heilbronn bis Heidelberg mit dem Paddelboot zu fahren. Eggers Boot sank infolge des Wellenschlags im Wimpfener Fach. Während sein Freund sich retten konnte, riß die Strömung Eggers in die Tiefe Seine Leiche konnte inzwischen geborgen werden. Allen Paddlern muß aus diesem Anlaß bei Befahrung des Wimpfener Fachs äußerste Vorsicht angeraten werden. Wer am Linksufer fährt und die Wellen meidet, kommt stets gut und wohlbehalten durchs Wimpfener Loch.

Verschiedenes

Deutscher Fliegererfolg in Brüssel

Bei den in **Brüssel** abgehaltenen internationalen Flugwettbewerben wurde dem Klemm-Daimler Flugzeug L. 20 mit dem Diplomingenieur **Lusser** als Pilot der erste Preis in seiner Gesamtwertung und in seiner Klasse bei scharfer internationaler Konkurrenz zuerkannt. Lusser errang den Königspokal des Aeroclubs und den ausgesetzten Preis von 10 000 Franken.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	21. Juni Geld	21. Juni Brief	20. Juni Geld	20. Juni Brief
Amsterdam 100 G.	168.89	169.23	168.92	169.26
Kopenhagen 100 Kr.	112,72	112.94	112.73	112.95
Italien . . 100 L.	23.595	23.635	23.60	23.64
London . . 1 Pfd.	20.468	20.508	20.468	20.508
Newyork . 1 D.	4.215	4.224	4.2155	4.2235
Paris . . 100 Fr.	16.50	16.54	16.505	16.545
Schweiz . . 100 Fr.	81.085	81.245	81.08	81.24
Wien 100 Schilling	59.31	59.43	59.305	59.425
Prag . . 100 Kr.	12.49	12.51	12.489	12.509

Der **Privatdiskont** wurde, wie aus Berlin gedrahtet wird, um ¼ Proz. auf 5 ⅞ Proz. erhöht.

Staatsanzeiger

An die Herren Landeskommissäre und an die Bezirksämter

Den X. Fortbildungslehrgang für Gemeindepolizeiangehörige an der Polizeischule.

Genügende Beteiligung vorausgesetzt, ist beabsichtigt, den X. Fortbildungskursus für Gemeindepolizeibedienstete an der staatlichen Polizeischule in Karlsruhe Anfang November 1927 beginnen zu lassen. Dauer 4 Wochen.

Die in Betracht kommenden Städte und Gemeinden wollen jetzt schon besonders darauf hingewiesen und die Anmeldungen zur Teilnahme an dem Lehrgang durch die dortige Vermittlung bis spätestens 20. September 1927 hierher vorgelegt werden.

Karlsruhe, den 15. Juni 1927.

Der Minister des Innern
J. V.: Föhrenbach

Die im Juni 1927 abgehaltene Gerichtsvollzieherprüfung haben bestanden:

Alfred **Auer** aus Nandegg, Friedrich **Faude** aus Unteröwisheim, Karl **Habersetzer** aus Mülhausen i. E., Julius **Heckel** aus Amanweiler, Stefan **Höge** aus Aach-Linz, Johann **Kellermann**, aus Mannheim, Adolf **Kiefer** aus Donaueschingen, Josef **Koch** aus Greffern, Josef **Kögel** aus Karlsruhe, Johann **Körkemeier** aus Neunkirchen, Felix **Scherny** aus Hindenburg.

Karlsruhe, den 18. Juni 1927.

Der Justizminister:
Trunk

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruhesetzungen usw.
der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums der Finanzen
Zuruhegesetzt:

Forstrat Alfred **Hertig** in Ettlingen auf 1. Oktober d. J.

Oeffentliche Sparkasse Neustadt i. Schw.

Bilanz auf 31. Dezember 1925.

Vermögen.	RM
1. Kassenbestand	4 670.77
2. Guthaben bei Banken, Girozentrale und Postscheckamt	15 156.49
3. Wertpapiere	189.88
4. Wechsel	3 075.09
5. Darlehen a. Hypotheken	119 785.75
6. Darlehen in laufender Rechnung an Private	512 183.86
7. Darlehen auf Schuldschein	50 017.58
8. Darlehen an Gemeinden	85 000.—
9. Einnahme-Rückstände	6 307.98
10. Gebäude	1.—
11. Gerätschaften	1.—
	796 389.40

Verbindlichkeiten.	RM
1. Spareinlagen	493 283.—
2. Giro- und Kontokorrenteinlagen	115 838.51
3. Anlehensschulden	134 011.83
4. Ausgaberückstände	10.95
5. Rücklagen:	
a) gesetzlich. Reservefonds	10 678.31
b) Aufwertungsstock	23 452.29
6. Reingewinn vom Jahre 1925	19 114.51
	796 389.40

Berechnung der Rücklage.

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:

5 % aus *RM* 609 121.— Einlagen . . . . . = *RM* 30 456.05
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1925 . . . . . *RM* 29 792.82
Somit weniger . . *RM* 663.23

Neustadt i. Schw., den 15. Juni 1927. K. 914

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Pfister, Bürgermeister.
Der Geschäftsleiter: Degen.

Die Gemeinde **Mühlhausen** (Amt Engen) **sucht** einen gebrauchten, noch gut erhaltenen

Leichenwagen

zu kaufen. Angebote sind an das Bürgermeisteramt Mühlhausen (Amt Engen) zu richten. G. 483

Lahr. K. 922
Über das Vermögen der Firma **Richard Stihler** in Lahr, Inhaber: Richard Stihler in Lahr, wurde heute vorm. 10 Uhr Konkurs eröffnet. Konkursverwalter ist Rechtsanwalt Hoedt in Lahr. Konkursforderungen sind bis zum 5. Juli 1927 beim Gerichte anzumelden. Termin zur Wahl eines Verwalters, eines Gläubigerausschusses, zur Entschließung über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen ist am **Montag, den 18. Juli 1927, vormittags 9 Uhr,** vor dem Amtsgericht, 2. St., Zimmer 31. Wer Gegenstände der Konkursmasse besitzt oder zur Masse etwas schuldet, darf nichts mehr an den Gemeinschuldner leisten. Der Besitz der Sache und ein Anspruch auf abgesonderte Befriedigung daraus ist dem Konkursverwalter bis 1. Juli 1927 anzuzeigen.

Lahr, den 18. Juni 1927.
Bad. Amtsgericht.

Lahr. K. 923
Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Heil & Paul A.-G.** in Lahr wurde nach Abhaltung des Schlußtermins und Vornahme der Schlußverteilung aufgehoben.

Lahr, 18. Juni 1927.
Bad. Amtsgericht.

Offenburg. K. 924
Das Konkursverfahren über das Vermögen der Fa. **Sport- u. Versandhaus „Merkur", Inhaber Erwin Spinner** in Offenburg wird aufgehoben, da der im Termin vom 29. März 1927 angenommene Zwangsvergleich rechtskräftig bestätigt ist.

Offenburg, 15. Juni 1927.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts III.

Freihändiger Nutzholzverkauf.

Forstamt Emmendingen Baden (Fernruf Emmendingen 390) **Dienstag, den 28. d. M. 1350** Festm. Nadelstammholz- Losverzeichnisse durch das Forstamt. G. 908

Arbeitsvergebung.

Für die Erweiterung der Maschinenbauabteilung der Technischen Hochschule, Hörsaalanbau mit Kraftwagenlaboratorium werden nach Verordnungen des Finanzministeriums vom 27. Juli 1922, 22. Juli 1924 und 12. März 1926 öffentlich vergeben: K. 911

Schreiner-, Schlosser-, Tapezier- und Malerarbeiten, Fußbodenbeläge in Asphaltparkett, in Fließen und Linoleum sowie Platzherstellung.

Zeichnungen und Bedingungen liegen vom **20. Juni 1927** bis einschl. 30. Juni 1927 auf unserem Geschäftszimmer, Stefanienstraße 28, während der üblichen Dienststunden zur Einsichtnahme auf.

Versand von Angeboten nach auswärts und Abgabe v. Zeichnungen erfolgt nicht.

Angebote verschlossen mit entsprechender Aufschrift versehen bis zur Eröffnung am **4. Juli 1927, vorm. 10 Uhr.**

Zuschlagsfrist 4 Wochen.
Karlsruhe, 15. Juni 1927.
Bezirks-Bauamt.

Schlafzimmer, Speisezimmer,
Herrenzimmer, Küchen, Einzel-Möbel u. -Betten, Matratzen, Diwans und Chaiselongues
kaufen Sie nur gute Qualität bei Zahlungserleichterung zu den billigsten Preisen.
Möbelgeschäft Seiter, Waldstraße 7.

G. 478
Pianos
Harmoniums
Sprech-Apparate
kaufen Sie in der Fabrik - Niederlage der leistungsfähigen Harmonium- und Piano-Fabrik
H. Goll A.-G.
Filiale Karlsruhe
Waldhornstraße 30
Telephon 6835
in jeder Beziehung vorteilhaft!

Badisches Landestheater
Mittwoch, 22. Juni 1927
* E 30
Zar und Zimmermann
von Albert Lortzing
Musikal. Leitung: **A. Rischner**
In Szene gesetzt von O. Krauß

Zar	Weyrauch
Iwanow	Siegfried
van Bett	Schuster
Marie	Blank
General Lefort	Lander
Lord Syndham	Löser
v. Chateauneuf	Butz
Witwe Brown	Wanka
Ein Offizier	Kalnbach
Ein Ratsdiener	Kilian

Holzschuhtanz einstudiert von Edith Bielefeld.
Anfang 7½, Ende nach 10¼
I. Sperrsitz 7 M.
Do. 23. Juni: **Alessandro Stradella.** Freitag, 24. Juni: **Schluck und Jau.**

Druck G. Braun, Karlsruhe